



Leistungsbuch (LB) für Arbeiten in den Netzen

Leistungsverzeichnis L00:

Grundlagen zum Leistungsbuch

L00	GRUNDLAGEN ZUM LEISTUNGSBUCH	3
L00.01	Allgemeines	3
L00.01.01	Definition Tage.....	3
L00.02	Nutzung des Leistungsbuchs.....	3
L00.03	Gültigkeitsbereich	3
L00.04	Vertragsbedingungen	4
L00.04.01	Allgemeine Liefer- und Leistungsbedingungen	4
L00.04.02	„Lieferrn“ und „Beistellen“ von Baustoffen	4
L00.04.03	Präqualifizierungsverfahren	5
L00.04.03.01	Besonderheiten Anlagenverantwortung / Schaltberechtigung / AuS.....	5
L00.04.04	Mitgeltende Bestimmungen, Vorschriften, Anordnungen	5
L00.04.05	Nebenleistungen	6
L00.04.06	Pflichtschulungen durch den AG	7
L00.05	Zuschläge / -abschläge / Wertgrenzen	7
L00.05.01	Zuschlag für erhöhte Rüstzeiten bei Kleinbaumaßnahmen	7
L00.06	Materialanlieferung / Lagerung / Transporte	8
L00.07	Arbeitsausführung / -umfeld.....	9
L00.07.01	Verhalten gegenüber Kunden (Verhaltenskodex)	9
L00.07.02	Meldepflichten des Auftragnehmers	10
L00.07.03	Führen eines Sicherheitspasses.....	10
L00.07.04	Vorschau Wochenaufgaben / Bauzeitenpläne	10
L00.07.05	Funde von wissenschaftlichem, wirtschaftlichem, historischem Wert	11
L00.07.06	Arbeiten im Auftrag Dritter	11
L00.07.07	Verkehrssicherung	11
L00.07.08	Flurschäden	11
L00.07.09	Fristen bei Projektbaustellen/Einzelausschreibungen	12
L00.08	Arbeitssicherheit	14
L00.08.01	Sicherheit auf der Baustelle	14
L00.08.02	Baustellenorganisation	14
L00.08.03	Auf der Baustelle vorzuhaltende Dokumente	17
L00.08.04	Arbeiten unter erhöhter Gefährdung in Strom- / Gasnetzen	17
L00.08.04.01	Arbeiten an unter Spannung stehenden Anlagen.....	17
L00.08.05	Unfallbericht	17
L00.09	Eskalations- / Sanktionsmodell	18
L00.10	Regelungen zum Arbeitseinsatz	18
L00.10.01	Stundenlohnarbeiten.....	18
L00.10.02	Servicezeitraum	18
L00.10.03	Störungseinsätze (AN mit Rahmenvertrag)	18
L00.11	Entsorgung.....	19
L00.11.01	Nicht gefährliche Abfälle (gemäß AVV)	20
L00.11.02	Gefährliche Abfälle (gemäß AVV).....	20
L00.12	Umweltschutz / Naturschutz	21
L00.13	Abrechnungsmodalitäten	22
L00.13.01	Aufmaß	22
L00.14	Abrechnung.....	22
L00.14.01	Zusätzliche Lieferungen / Leistungen Dritter/ Nachträge	22
L00.14.02	Auditklausel.....	23

L00 GRUNDLAGEN ZUM LEISTUNGSBUCH**L00.01 Allgemeines**

Alle durch den Auftraggeber (AG) beauftragten Arbeiten, sind vom Auftragnehmer (AN) im dafür zeitlich vorgegebenen Rahmen auszuführen. Die dabei einzuhaltenden Qualitätsgrundsätze ergeben sich insbesondere aus den mitgeltenden Bestimmungen, Vorschriften und Anordnungen. Alle beauftragten Arbeiten sind so sorgfältig auszuführen, dass Schäden an Gebäuden, Wegen und sonstigen Einrichtungen vermieden bzw. auf das geringstmögliche Maß beschränkt werden.

Die zunehmende Komplexität der Arbeiten und Arbeitsumstände in den Netzen erfordert vom AN ausreichende Kenntnisse seines Arbeitsbereichs und die erforderliche Planungssicherheit. Beides möchte der AG mit dem vorliegenden Leistungsbuch sowie den zugehörigen kommerziellen Gültigkeitsgrenzen fördern.

Die Einhaltung dieser Eckpfeiler des vorliegenden Leistungsbuchs bilden die solide Basis für eine dauerhafte, partnerschaftliche Kooperation.

L00.01.01 Definition Tage

Definition der Begrifflichkeiten.

Kalendertage:

Kalendertage sind alle Tage von Montag bis Sonntag, vom 1. Januar bis zum 31. Dezember

Arbeitstage:

Arbeitstage sind alle Tage von Montag bis Freitag. Samstag und Sonntag sind keine Arbeitstage. Feiertage, die auf einen Montag bis Freitag fallen gelten ebenfalls nicht als Arbeitstag.

Beispiel: Mittwoch bis Freitag sind 3 Arbeitstage. Ist am Donnerstag Feiertag, so sind es nur 2 Arbeitstage, Mittwoch und Freitag.

Werktage:

Werktage sind alle Tage von Montag bis Samstag. Sonntage und Feiertage, die auf einen Montag bis Samstag fallen gelten nicht als Werktage.

Feiertage unter der Woche:

Wenn ein Feiertag auf einen Arbeitstag fällt, so gilt dieser als Feiertag unter der Woche. Dies kann z.B. sein am Ostermontag, Christi Himmelfahrt. Feiertage, die auf einen Samstag oder Sonntag fallen sind keine Feiertage unter der Woche.

L00.02 Nutzung des Leistungsbuchs

Das Leistungsbuch ist in seiner Gesamtheit Eigentum des AG. Eine Übereignung an den AN berechtigt ihn dazu, es zum Zweck des Vertrautmachens, zur Angebotserstellung und zur späteren, fallweisen Auftragsbearbeitung im hierfür erforderlichen Rahmen zu verwenden. Jede darüberhinausgehende Verwendung, insbesondere die Weitergabe an Dritte, in jeder Form, auch auszugsweise, ist nicht gestattet. Ausnahmen hiervon bedürfen der ausdrücklichen Genehmigung durch den AG.

L00.03 Gültigkeitsbereich

Mit dem Wirksamwerden einzelner neuer Stände innerhalb des Leistungsbuchs werden die bisherigen Gültigkeitsstände unwirksam. Für zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens bereits beauftragte und in der Abwicklung befindliche Aufträge behalten die alten Verzeichnisse jedoch bis zu deren Abrechnung noch ihre Gültigkeit.

Das Leistungsbuch des AG unterliegt in seiner Nutzung keiner wertmäßigen Einschränkung.

Es ist für alle Arbeiten (Rahmenverträge bzw. Ausschreibungen) in folgenden Netzen heranzuziehen:

- Kabelnetze (Nieder-, Mittel-, Hochspannung, Straßenbeleuchtung, Kommunikation)
- Rohrnetze (Gas und Wasser, über alle Druckstufen)
- Nah- und Fernwärmenetze
- Freileitungsnetze (Nieder-, Mittel-, Hochspannung)

Steht im Sonderfall für eine einzelne Baumaßnahme keine Leistungsposition über das vorliegende Leistungsbuch zur Verfügung, ist ein Einzelangebot abzugeben. Lassen sich im Sonderfall einzelne Baumaßnahmen geschlossen zu einem Pauschalpreis abwickeln, ist dem AG in jedem Fall die Wirtschaftlichkeit gegenüber einer Abrechnung nach Leistungsbuch nachzuweisen.

Eine Beauftragung von Stundenlohnarbeiten findet nur im Ausnahmefall und nach vorheriger Freigabe durch den AG statt.

L00.04 Vertragsbedingungen

L00.04.01 Allgemeine Liefer- und Leistungsbedingungen

Der AG stellt alle ihm bekannten Informationen zur Baustelle zur Verfügung.

Der AN erbringt alle Leistungen durch geschultes, unterwiesenes Personal in eigener Verantwortung und Organisation.

Er ist verpflichtet, die Transport-, Montage- und Gebrauchsanweisungen der Hersteller verbindlich einzuhalten. Für Arbeiten an Betriebsanlagen mit vorgeschriebenem Freigabeverfahren (z.B. elektrotechnische Arbeiten, Befahren von Behältern, Arbeiten in engen Räumen, Erdarbeiten, Heißarbeiten) ist der reguläre Freigabeprozess sowie die Freigabebedingungen genau einzuhalten.

Den Weisungen des AG ist Folge zu leisten. Dies gilt insbesondere für Anordnungen aus sicherheitsspezifischen Gründen. Der AN hat dafür zu sorgen, dass für die Entgegennahme von Anweisungen und für die Abgabe von Erklärungen eine bevollmächtigte Person jederzeit erreichbar ist. Dies gilt auch beim Einsatz von Subunternehmern.

Der Auftraggeber legt mit der Beauftragung fest, welche Leistungsverzeichnisse (LVs) zur Abrechnung herangezogen werden.

Werden Arbeiten aus einem nicht beauftragten Leistungsverzeichnis im Zuge des beauftragten Gewerks fällig, sind diese ebenfalls Gegenstand der Beauftragung.

L00.04.02 „Liefern“ und „Beistellen“ von Baustoffen

(Vgl. VOB Teil C DIN 18299 Allg. Regelungen für Bauarbeiten jeder Art, insbesondere Punkt 2)

Liefern

Der AN kauft die erforderlichen Stoffe und Bauteile; er transportiert, lädt / entlädt und lagert sie ggf. auf der Baustelle. Dies ist komplett mit den Einheitspreisen abgegolten.

Rückvergütbares Mabex-Material, welches über den jeweils gültigen Lagerführungsvertrag des AG zuvor vom AN gekauft wurde, fällt nicht unter „Liefern“ von Material.

Beistellen

Stoffe und Bauteile, die vom AG zur Verfügung gestellt und bezahlt werden, fordert der AN beim AG rechtzeitig an. Der Transport sowie das Laden / Entladen und Lagern auf der Baustelle ist mit den Einheitspreisen abgegolten. Material aus dem Lagerführungsvertrag des AG ist lediglich als beizustellen zu betrachten, da eine gesonderte Regelung für die Rückvergütung vereinbart wurde.

L00.04.03 Präqualifizierungsverfahren

Das Arbeiten in den Netzen setzt eine gültige Präqualifikation für das jeweils auszuführende Gewerk voraus. Sobald der AN den Maßnahmen der Präqualifikation nicht länger entspricht oder eine Unterschreitung der Voraussetzungen einzutreten droht, hat er den AG unaufgefordert und unverzüglich via E-Mail an Lieferanten@Netze-BW.de zu informieren. Der AN hat unverzüglich für die Wiedererlangung des benötigten Qualifikationsstatus zu sorgen. Dem AG steht es frei den AN, trotz des Verlustes des benötigten Qualifikationsstatus, weiterhin einzusetzen. Besteht keine Aussicht auf die Wiedererlangung der benötigten Qualifikation, so behält sich der AG die Möglichkeit einer außerordentlichen Kündigung des Vertrages vor.

Werden Subunternehmer eingesetzt, ist dies dem AG vorab anzuzeigen. Dem AG sind der Name des Subunternehmers, dessen Kontaktdaten und gesetzliche Vertreter sowie diejenigen Teile des Auftrags, die von dem Subunternehmer erledigt werden, zu benennen. Die Beauftragung eines Subunternehmers durch den AN ist nur zulässig, sofern dieser sorgfältig vom AN ausgewählt wurde und den Anforderungen des Präqualifikationsverfahrens des AG entspricht. Der AN hat dies dem AG auf Verlangen nachzuweisen. Änderungen, die den Subunternehmer und dessen Eignung betreffen, hat der AN dem AG unverzüglich anzuzeigen. Der AN haftet für sämtliche Tätigkeiten, die durch den Subunternehmer ausgeführt werden.

Der AG behält sich vor, den Einsatz von Subunternehmern bei mangelnder oder nicht nachgewiesener Eignung abzulehnen.

L00.04.03.01 Besonderheiten Anlagenverantwortung / Schaltberechtigung / AuS

Kann der AN den Nachweis über geeignete Mitarbeiter mit der Qualifikation „Elektrofachkraft für Tätigkeiten im Niederspannungsnetz eines Netzbetreibers“ nicht mehr erbringen, ist er verpflichtet

- dies sofort schriftlich dem AG zu melden
- sich unverzüglich um die Wiedererlangung des benötigten Qualifikationsstatus zu bemühen

Bis dahin wird der AN für weitere Aufträge, für die diese Qualifikation erforderlich ist, gesperrt.

Besteht keine Aussicht auf die Wiedererlangung der benötigten Qualifikation, so behält sich der AG die Möglichkeit einer außerordentlichen Kündigung vor.

L00.04.04 Mitgeltende Bestimmungen, Vorschriften, Anordnungen

Der AN ist verpflichtet seine Leistungen unter Beachtung der Vorschriften bzw. Vorgaben des AG sowie Auflagen von Dritten (z.B. Straßenbaulastträger, Bahnen, Telekom, beauftragte Dienstleistungen) zu erbringen.

Unter anderem sind dies:

- StVO mit der dazugehörenden Allgemeinen Verwaltungsvorschrift (VwV)
- Richtlinien für die Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen (RSA).
- Zusätzliche technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Sicherungsarbeiten an Arbeitsstellen an Straßen (ZTV - SA)
- Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz auf Baustellen (Baustellenverordnung)
- Wasserschutzgebietsverordnung (WSGVO)
- Entnahmegenehmigung / Einleitergenehmigung bei Grundwasserabsenkung
- Grundwasserverordnung (GrwV)
- DVGW und VDE - Regelwerke
- Unfallverhütungsvorschriften
- Herstellervorschriften
- Technische Handbücher und technische Arbeitsblätter des AG
- Technische Handbücher und technische Arbeitsblätter des Straßenbaulastträgers
- Organisationsanweisungen

- Anweisung für den Netzbetrieb (AfdN)
- Gashochdruckleitungsverordnung (GasHDrLtGV)
 - DIN / DIN EN
 - ZTV A - StB

L00.04.05 Nebenleistungen

Nebenleistungen gehören untrennbar zur Erbringung von Leistungspositionen dazu. Sie bedürfen keiner gesonderten Erwähnung im Fall einer Beauftragung und werden nicht gesondert vergütet.

Mit „ggf.“ gekennzeichnete Leistungen in den Fach-Leistungsverzeichnissen sind Bedarfsleistungen. Sie fallen nicht regelmäßig an, sind jedoch, sobald sie auftreten, als Nebenleistungen zu betrachten.

Als Nebenleistungen gelten

Gebühren, Genehmigungen, Unterlagen

- Nicht baustellenbezogene Gebühren allgemeiner Art für den Einsatz von Geräten und Maschinen (z.B. Sonn- und Feiertagsfahrgenehmigung, Genehmigung für Sonderfahrzeuge, Hygieneuntersuchungen, Maut)
- Arbeitsunterlagen / Genehmigungen bei Behörden oder Dritten einholen (z.B. Auftragsgenehmigungen, verkehrsrechtliche Anordnungen) und auf Anforderung übergeben (Die verauslagten Gebühren werden als Nettopreis ohne Gemeinkostenzuschlag, getrennt vergütet)
- Erkundigungen über vorhandene Leitungen und sonstige unterirdische Anlagen einholen
- Alle für die Ausführungsgenehmigungen erforderlichen Prüfzeugnisse, Zeichnungen und Beschreibungen der vom AN zu liefernden Materialien bereitstellen
- Verkehrsregelpläne, die über den in den Fach - Leistungsverzeichnissen definierten Standard hinausgehen, mit dem AG abstimmen (Eine Weiterbeauftragung der Leistung an Dritte bedarf der Zustimmung durch den AG)
- Alle zum Zeitpunkt der Ausschreibung erforderlichen Formulare in der vom AG vorgegebenen Form ausfüllen und dem AN zurückgeben
- Alle für die Maßnahme erforderlichen Unterlagen und Daten in der vom AG vorgegebenen Form übernehmen und zurückgeben

Aufmaße

- Massenermittlung für die Aufmaßerstellung durchführen
- Aufmaße nach Vorgabe des AG erstellen bzw. erfassen
- Nicht verbautes Material des AG nach dessen Vorgaben zurückmelden

Besondere Qualifikationsmaßnahmen

- Im Gewerk Strom Niederspannung (NSP):
Zur Befähigung der Übernahme der Anlagenverantwortung/Schaltungsberechtigung in den Netzen des AG sind besondere elektrotechnische Kenntnisse, sowie spezielle Kenntnisse über den Aufbau und die Gefahren von Energieversorgungsnetzen erforderlich. Voraussetzung zur Übernahme dieser Tätigkeiten ist die Qualifikation und Ernennung zur Elektrofachkraft nach DIN VDE 0105 - 100.
- Durchführung Arbeiten unter Spannung (AuS)
Nachweis einer erfolgreichen Schulung für AuS - Tätigkeiten nach „technischem Handbuch AuS“ des AG.

Voraussetzung für die Teilnahme an den Schulungen ist der Qualifikationsnachweis zur „Elektrofachkraft für Tätigkeiten im Niederspannungsnetz eines Netzbetreibers“. Die Schulungen sind bei einem AuS-zertifizierten Schulungszentrum zu absolvieren.

L00.04.06 Pflichtschulungen durch den AG

Pflichtschulungen, welche durch den AG vorgenommen werden:

„Brennpunkt Arbeitsstelle“ (ehemalig Forum Fremdfirmen) für Montagefirmen

Zur Wahrnehmung der Anlagenverantwortung und der Schaltberechtigung im Niederspannungsnetz ist die erfolgreiche Teilnahme an den Schulungs-Modulen I und II Brennpunkt Arbeitsstelle (ehemalig Forum Fremdfirmen) erforderlich sowie an Modul III (praktische Prüfung).

Eingangsvoraussetzung zur Teilnahme an Modul I ist die Ernennung zur Elektrofachkraft für Tätigkeiten im Niederspannungsnetz eines Netzbetreibers.

Diese Pflichtschulungen sind verbindlich vorgeschrieben für alle Mitarbeiter von Montagefirmen, welche

- im Niederspannungsnetz des AG Schalthandlungen durchführen
- die Anlagenverantwortung bei Montagetätigkeiten im Niederspannungsnetz des AG übernehmen

Das Modul III (praktische Prüfung) muss nach 4 Jahren wiederholt werden.

Baustellenleiterschulung

Rechtsgrundlagen

- zum Verhältnis zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer
- zum Einsatz von Nachunternehmern (Subunternehmern)

in der operativen Abwicklung von Baustellen sowie bzgl. der Rollen, Dokumente und Entsorgung auf Baustellen des AG werden in dieser Schulung vermittelt.

Die Schulung wird nach (Rahmen-) Vertragsabschluss in geeignetem und zeitlich angemessenem Rahmen für alle Baustellenleiter / Kolonnenführer, die für den Einsatz auf Baustellen des AG vorgesehen sind, von dem jeweiligen Netzgebiet durchgeführt.

Der AN hat während der (Rahmen-) Vertragslaufzeit die interne Weitergabe der vermittelten Inhalte an Baustellenleiter / Kolonnenführer, die auf Baustellen des AG neu zum Einsatz kommen bzw. aus wichtigem Grund an der Schulung nicht teilnehmen konnten, sicherzustellen.

Der AG behält sich vor, weitere, unentgeltliche Schulungen in Präsenz und/oder digitaler Form anzubieten. Der AN trägt hierbei seine Personalkosten.

L00.05 Zuschläge / -abschläge / Wertgrenzen

Kopfzuschläge / -abschläge wirken nicht auf:

- die Grundbeträge des Leistungsverzeichnisses L07
- alle Angebotspositionen
- sonstige Auslagen, Rüstzuschläge, Gebühren
- den Rückkauf von Material

L00.05.01 Zuschlag für erhöhte Rüstzeiten bei Kleinbaumaßnahmen

Jede Position des Leistungsbuchs berücksichtigt anteilig die anfallenden, nicht produktiv wirkenden Aufwendungen (z.B. Fahrt zur / von der Einsatzstelle, Rüstvorbereitung) auf der Basis eines Arbeitstags.

Um die allgemeine Gültigkeit des Leistungsbuchs für alle Wertebereiche und Baustellengrößen sicherzustellen, wird unter bestimmten Voraussetzungen ein Zuschlag für erhöhte Rüstzeiten bei Kleinbaumaßnahmen gewährt und über das L20 vergütet. Dieser Rüstzuschlag steht nur in bestimmten Leistungsverzeichnissen zur Verfügung. Er ist in seiner Höhe auf das jeweilige Leistungsverzeichnis abgestimmt und wird für einzelne, in sich abgeschlossene Kleinaufträge gewährt.

Maßgeblich ist der tatsächliche Aufmaßwert der Gesamtbaumaßnahme. Dieser darf eine festgelegte Grenze nicht überschreiten.

Von der Berechnung ausgenommen sind:

- Materialkosten über die Logistikkette des AG
- Firmenspezifische Zu- / Abschläge
- Verauslagte Gebühren
- Störungseinsatzpauschalen
- Verauslagte Baustoffe
- Maßnahmen die ausschließlich über L20 abgerechnet werden
- Regiestunden

Es wird zwischen vier Rüstzuschlagspositionen unterschieden:

- Rüstzuschlag, allgemein
- Rüstzuschlag, Montagearbeiten
- Rüstzuschlag, Freileitungsarbeiten und Rohrmontage
- Rüstzuschlag Tiefbau detailliert
- Werden mehrere Gewerke (Tiefbau-, Kabel-, Rohrmontage oder Freileitung) in einem Bauvorhaben durch einen einzigen AN ausgeführt, wird der Rüstzuschlag folgendermaßen berechnet:
- für das Gewerk mit dem größten Umsatz (Hauptgewerk) wird bis zum Höchstumsatz der zugehörige Rüstzuschlag ohne Einschränkung vergütet
- Für die Nebengewerke werden nur dann Rüstzuschläge zusätzlich vergütet, wenn der Umsatzwert, den für das zugehörige Leistungsverzeichnis angesetzten Mindestbetrag überschreitet und den jeweiligen Höchstumsatz nicht überschreitet

Gültigkeitsbereich

zusätzliche Rüstzuschläge in Nebengewerken

Nebengewerk	Mindestumsatz	Höchstumsatz
L33/L34	350 €	1.200 €
L02	50 €	500 €
L05	45 €	500 €
L08	100 €	500 €
L02 Teil C/L52	-	1.000 €

L00.06 Materialanlieferung / Lagerung / Transporte

Gefahrenübergang

Mit der Materiallieferung auf die Baustelle bzw. an einen durch den AN/AG benannten Lagerort bzw. mit der Materialübergabe bei Abholung aus dem Logistikzentrum des AG geht das Risiko für die Materialverantwortung auf den AN über.

Lagerung

Sämtliche Materialien sind fachgerecht und qualitätsbewahrend entsprechend den Herstellervorgaben zu lagern. Die Lagerung muss so erfolgen, dass von den Materialien (z.B. Kabeltrommeln, Rohrbündeln usw.) keine Gefahr für Menschen oder Sachen durch Manipulation, Sabotage oder Gravitation ausgeht. Die gültigen Vorschriften (z.B. DIN, VDE, DVGW, Herstellervorgaben, Betriebsanweisungen für Gefahrstoffe, ArbStättV, ASR, UVV, technischen Richtlinien und Arbeitsanweisungen) sind einzuhalten, ebenso die Checkliste des AG mit „Kriterien für Lagerhaltung / -führung und Transport von Gas-, Trinkwasser und Strommaterialien“.

Es darf nur technisch einwandfreies Material verarbeitet werden. Mehrwegbehälter / -gebinde (z.B. Mietkabeltrommeln, Gitterboxen, Europaletten) verbleiben im Eigentum des AG.

Materialtransporte durch den AN

Materialtransporte innerhalb der Baustelle oder von einem durch den AN benannten Lagerort zur Baustelle und zurück sind Bestandteil der Leistungsverzeichnisse bzw. in deren Leistungspositionen enthalten. Eine zusätzliche Vergütung erfolgt nicht.

Durch den AG angewiesene Materialtransporte (betrifft nicht durch AN beigestelltes Baustellenmaterial) vom Lager des AG zur Baustelle und zurück werden nach L20 vergütet.

L00.07 Arbeitsausführung / -umfeld

Der AN trägt Sorge für eine sorgfältige, vollständige, fach- und termingerechte Planung und Bearbeitung, die dem Stand der Technik entspricht.

Das Ausführen von Arbeiten, die vom Auftragsumfang des AG abweichen, muss vom AN rechtzeitig beim AG gemeldet und von diesem vorab freigegeben werden. Dies gilt insbesondere auch für die Mitbenutzung von Leitungsgräben im Rahmen des jeweiligen Auftrags oder dem AG gehörenden Gegenständen, wie z.B. Leitungsgräben und Freileitungsmasten.

Der AN verpflichtet sich, seinen Mitarbeitern alle erforderlichen Weisungen zu erteilen, die für die sichere und sorgfältige Durchführung des Auftrags sowie die Einhaltung der Randbedingungen notwendig sind. Er hat die Arbeits- und Baustellen ständig in ordnungsgemäßem Zustand zu halten, sie aufzuräumen und zu säubern.

Der AG behält sich vor, bei Verdacht auf nicht sachgerechte Erbringung der beauftragten Leistungen, diese zu überprüfen. Werden Mängel festgestellt, so trägt der Verursacher die im Rahmen der Beanstandung anfallenden Kosten zur Mängel-feststellung sowie -behebung.

Die für die Ausführung einer Baumaßnahme notwendigen baureifen Unterlagen z.B. Planunterlagen, Genehmigungen usw. werden dem AN vor Baubeginn im Rahmen einer Einweisung übergeben. Diese Einweisung entbindet den AN nicht von der Pflicht seine Mitarbeiter und zusätzlich eingesetzte Leiharbeiter bzw. Subunternehmer nach gesetzlichen Vorgaben zu unterweisen.

Der Baubeginn vor Ort und die Fertigstellung von Maßnahmen ist mit dem AG abzustimmen und in der von ihm vorgegebenen Form anzuzeigen. Zu Baubeginn gibt der AN die Namen der ausführenden Baustellenleiter und deren jeweiligen Einsatzort bekannt.

Treten bei der Arbeitsausführung unvorhergesehene Hindernisse auf (z.B. fremde Versorgungsleitungen, Kanäle, Dränagen, Bauwerkreste, Vermarkungen), so ist der AN verpflichtet, diese dem AG umgehend anzuzeigen, damit entschieden werden kann, wann und wie diese Hindernisse beseitigt oder ggf. umgangen werden können.

Bedingungen, die von den jeweiligen Eigentümern der Hindernisse gestellt werden, müssen grundsätzlich beachtet werden. Falls diese Bedingungen zusätzliche Maßnahmen erfordern, sind diese vorab mit dem AG abzustimmen und von ihm freizugeben. Die Kosten hierfür trägt der AG, sofern sie der AN nicht zu vertreten hat.

Änderungen an der Arbeitsstelle (z.B. an Gerüsten, am Grubenverbau, an Absperrungen Dritter) dürfen nur vom jeweiligen Errichter vorgenommen werden.

L00.07.01 Verhalten gegenüber Kunden (Verhaltenskodex)

Netzkunden nehmen einen zentralen Stellenwert ein. Der AN hat dieses besondere Verhältnis in seinem Kontakt mit den Kunden vor Ort durch freundliches und verlässliches Auftreten zu unterstützen.

Insbesondere sind Netzarbeiten / -schaltungen rechtzeitig anzukündigen. Der AN hat die Bauausführung termintreu und den Gegebenheiten angemessenen qualitativ hochwertig auszuführen. Eine Benutzung von Grundstücken ohne vorheriges Einverständnis durch den Eigentümer / Pächter / Bewirtschafter ist nicht erlaubt. Seine Vorgaben sind

einzuhalten. Ansprüche aus einer unberechtigten Nutzung durch den AN gehen zu seinen Lasten.

L00.07.02 Meldepflichten des Auftragnehmers

Der AN verpflichtet sich unverzüglich alle unten genannten Ereignisse dem AG zu melden:

- Personenschäden
- Sachschäden
- Versorgungsunterbrechungen
- Umweltschäden
- Ereignisse mit öffentlicher Wirkung
- Funde von wissenschaftlichem, wirtschaftlichem oder historischem Wert
- Der Wegfall der Qualifikation „Elektrofachkraft für Tätigkeiten im Niederspannungsnetz eines Netzbetreibers“ ist dem AG unverzüglich zu melden

L00.07.03 Führen eines Sicherheitspasses

Jeder Mitarbeiter des AN hat ständig einen Sicherheitspass auf der Baustelle mit sich zu führen und auf Verlangen vorzuzeigen. Dieser enthält Daten zur Person und mindestens Informationen zu sicherheits- und eignungsrelevanten Qualifikationen, Unterweisungen, Beauftragungen und arbeitsmedizinischen Untersuchungen. Er ist bevorzugt nach dem Muster des Wirtschaftsverbandes Erdöl- und Erdgasgewinnung e.V. (WEG) bzw. der Deutschen Wissenschaftlichen Gesellschaft für Erdöl, Erdgas und Kohle e.V. (DGMK) zu führen.

Der AN ist verantwortlich für die Richtigkeit und Aktualität der Daten seiner Mitarbeiter. Kann der Sicherheitspass nicht vorgezeigt werden, so hat der AN den Mitarbeiter unverzüglich von der Baustelle zu verweisen. Wird bei der Arbeitsausführung das Fehlen der erforderlichen Befähigung festgestellt, so hat der AN die sofortige Beendigung dieser Arbeiten zu veranlassen. Bei Gefahr im Verzug kann der AG den Mitarbeiter direkt von der Baustelle verweisen. Hierdurch anfallende Kosten gehen zu Lasten des AN.

Für Arbeiten im Bereich von Versorgungsanlagen benötigen Baggerführer folgende Qualifikationen:

- Erdbaumaschinenführerschein oder eine gleichwertige Einweisung
- Schulung nach DVGW GW / S 129 mit gültiger Bescheinigung einer durch BALSibau anerkannten Bildungseinrichtung sowie Eintrag im Sicherheitspass

L00.07.04 Vorschau Wochenaufgaben / Bauzeitenpläne

Die Erstellung der „Vorschau Wochenaufgaben“ bzw. die Aufstellung eines detaillierten Bauzeitenplans hat in individueller Form in Abstimmung mit dem AG zu erfolgen.

Vorschau Wochenaufgaben bei Rahmenvertragsarbeiten

Der AN hat im Vorfeld eine Wochenvorschau mit den in seinem beauftragten Gebiet geplanten Arbeiten zu erstellen.

Bauzeitenpläne

Bauzeitenpläne dienen der Optimierung, Koordinierung und Kontrolle einzelner Arbeitsabläufe bei größeren Baumaßnahmen.

Der AN hat auf Aufforderung des AG einen Bauzeitenplan zu erstellen, spätestens nach zehn AT zu übergeben und regelmäßig fortzuschreiben.

Der Bauzeitenplan ist erforderlich, wenn mindestens eines der folgenden Kriterien erfüllt ist:

- Bauzeit länger als vier Wochen
- Beauftragungssumme größer 30 T€
- Einsatz von Subunternehmern

Der AN ist für die Termineinhaltung verantwortlich. Bei erheblichen Abweichungen ist der

Plan unverzüglich zu überarbeiten.

Störungen haben Vorrang vor den Bauzeitenplänen und Wochenaufgaben. Sollten sich diese Planungen durch eine Störung ändern, sind diese zu aktualisieren und zeitnah einzureichen. Im Lieferantenportal steht ein Tool zur Planung zur Verfügung, hier können Planungen schnell und einfach vorgenommen werden.

L00.07.05 Funde von wissenschaftlichem, wirtschaftlichem, historischem Wert

Stößt der AN bei Grabarbeiten auf Gegenstände von wissenschaftlichem, wirtschaftlichem oder historischem Wert, ist er verpflichtet dies umgehend dem AG mitzuteilen. Der AN ist verpflichtet die Fundstelle möglichst unberührt zu lassen und weitere Weisungen des AG abzuwarten. Der AN überträgt alle etwaigen Rechte aus solchen Funden auf den AG.

L00.07.06 Arbeiten im Auftrag Dritter

Der AG vergibt auch Arbeiten mit denen er von Dritten (z.B. Telekom, Stadtwerke, Privatpersonen) beauftragt ist. Sofern diese Arbeiten durch das Leistungsbuch abgedeckt sind, ist der AN verpflichtet diese bei Beauftragung auszuführen.

L00.07.07 Verkehrssicherung

Bei der Abnahme der Verkehrssicherung für eine Arbeitsstelle von längerer Dauer (gem. RSA Teil A 1.1(4)) wird in folgenden Punkten von der ZTV - SA abgewichen:

- Der AN übernimmt die Pflicht für die Abnahme sowie die Kontrolle und Wartung der Verkehrssicherung der Arbeitsstelle nach deren Einrichtung
- Der AG nimmt an der Abnahme nach Errichtung der Verkehrssicherung in der Regel nicht teil
- Die abnehmende Person und eine ständig für die Arbeitsstelle erreichbare Person müssen über einen Schulungsnachweis gemäß „Merkblatt über Rahmenbedingungen für erforderliche Fachkenntnisse zur Verkehrssicherung von Arbeitsstellen an Straßen (MVAS)“ verfügen

Die Abnahme der Verkehrssicherung muss im Bautagebuch dokumentiert werden. Eine Kopie der geforderten Abnahmeprotokolle (gem. Ziffer 8 Abs. 2 ZTV - SA 97 Tages - und Nachtabelle) ist dem AG bzw. dessen Baubeauftragtem unaufgefordert zu übergeben.

Sofern einzubauende Oberflächen nicht in einem Zuge eingebaut werden können, sind ab einem Höhenunterschied größer 1,5 cm Vorkehrungen zur Vermeidung von Stolperfallen zu treffen (z.B. Abschränkungen, Anrampungen, sonstigen Vorkehrungen).

Zusätzliche An- und Abfahrten auf Anweisung des AG (z.B. bei Unterbrechung und Wiederaufnahme der Arbeiten) werden gesondert vergütet. Die Koordination der Maßnahme ist durch den AN mit dem größten Umsatz durchzuführen. Sofern die Unterbrechung durch den AG verschuldet und länger als fünf AT dauert, kann der Aufwand für die Baustellensicherung und Vorhaltung individuell vergütet werden.

L00.07.08 Flurschäden

Der AN hat sich zur Vermeidung bzw. Verringerung von Flurschäden mit den Eigentümern / Pächtern / Bewirtschaftern der für die Bauarbeiten zu benutzenden Grundstücke abzustimmen (z.B. vorzeitiges Abernten).

Bäume und Sträucher dürfen nur mit Zustimmung der Eigentümer / Pächter / Bewirtschafter und, sofern keine Kosten hierdurch für den AG entstehen, entfernt werden. Fordert der Eigentümer / Pächter / Bewirtschafter eine Entschädigung für die Entfernung von Sträuchern oder Bäumen ist diese mit dem AG abzustimmen und von ihm freizugeben.

Flur- und Wegeschäden werden nur anerkannt, wenn der AN das wahrscheinliche Eintreten eines Schadens vor Baubeginn dem AG angezeigt hat. Auf Anforderung ist für die Instandsetzung der erwarteten Flurschäden dem AG vor Beginn der Montagearbeiten ein Nachtragsangebot zu unterbreiten. Die einschlägigen Gesetze und Bestimmungen (z.B. Naturschutzgesetz) sind einzuhalten. Wenn nichts anderes vereinbart wurde, sind Flurschäden gemeinsam durch den AG, AN und den Geschädigten aufzunehmen (z.B. Flächen, Kultur- / Nutzungsart, sonstige Schadensbilder, Behinderungen).

Unvermeidbare Flurschäden werden durch den AG vergütet. Vermeidbare Flurschäden sind durch den AN auf seine Kosten zu regulieren. Zu vermeidbaren Flurschäden gehören u. a. Schäden, die nachweislich durch eine falsche Maschinendisposition, unsachgemäße Fahrweise, Nichteinhaltung von Geschwindigkeits- / Belastungsbeschränkungen oder Absprachen über den Ausführungszeitraum entstehen. Schäden, die durch das Betreten bzw. Befahren von Flächen und Wegen ohne vorherige Zustimmung des Eigentümers / Pächters / Bewirtschafters entstehen, gehen grundsätzlich zu Lasten des AN.

Besonderheiten bei Einzelvergabe / Ausschreibung

Werden zur Vermeidung von Flurschäden Sondermaterialien, wie z.B. Baggermatratzen benötigt, sind die hierdurch entstehenden Kosten in ein Nebenangebot einzurechnen. Die zu erwartenden Flur- / Wegeschäden sind mit der Angebotsabgabe zu beschreiben und zu bepreisen.

Die Verhältnismäßigkeit der eingesetzten Baugeräte in Bezug auf die auszuführenden Arbeiten und die örtliche Gegebenheit ist zu gewährleisten.

L00.07.09 Fristen bei Projektbaustellen/Einzelausschreibungen

Niederspannung Standard:

Grundvoraussetzung für den Ausgang der Bedarfsmeldung ist die Einhaltung der geltenden Technischen Richtlinien sowie der Vorgaben der TAB im Zuge der erfolgten Bauausführung.

Die Bedarfsmeldung für auszuführende Montagearbeiten hat mindestens 5 Arbeitstage (d.h. Samstag und Sonntag sind ausgenommen) vor dem gewünschten Umsetzungstermin zu erfolgen.

Die Bedarfsmeldung selbst ist von Seiten der Tiefbaufirma schriftlich an die Montagefirma sowie an den zuständigen Baukoordinator der Netze BW in CC zu adressieren.

Eine schriftliche Terminbestätigung des eingeplanten Montageeinsatzes hat innerhalb von 2 Arbeitstagen nach Erhalt der Bedarfsmeldung von Seiten der Montagefirma an die Tiefbaufirma sowie den zuständigen Baukoordinator der Netze BW in CC zu erfolgen.

Mit der tatsächlichen Umsetzung der Montagearbeiten auf der Baustelle ist spätestens 7 Arbeitstage nach Eingang der Bedarfsmeldung zu beginnen. Die Montagearbeiten sind fortlaufend (Ausnahme Störungseinsatz) auszuführen. Sofern die Montagearbeiten innerhalb von 5 Arbeitstagen nach Eingang der Bedarfsmeldung ausgeführt werden, ist dies entsprechend gesondert schriftlich festzuhalten.

Niederspannung Verkabelungsprozess Hausanschluss:

Grundvoraussetzung für den Ausgang der Bedarfsmeldung ist die Einhaltung der geltenden Technischen Richtlinien sowie der Vorgaben der TAB im Zuge der erfolgten Bauausführung.

Die Bedarfsmeldung für die Montagearbeiten zur Errichtung des Netzübergabepunktes (HAK/ZAS/HAS) hat mindestens 5 Arbeitstage vor dem gewünschten Umsetzungstermin zu erfolgen.

Zusätzliche Grundvoraussetzung für den Ausgang der Bedarfsmeldung für die Hausanschluss-Muffenmontage ist eine vorliegende Montagebestätigung beim zuständigen Baukoordinator. Die Information, ob eine entsprechende

Montagebestätigung vorliegt, ist rechtzeitig von Seiten der Tiefbaufirma beim zuständigen Baukoordinator einzuholen.

Die Bedarfsmeldung für auszuführende Muffen-Montagearbeiten hat mindestens 7 Arbeitstage vor dem gewünschten Umsetzungstermin zu erfolgen.

Die Bedarfsmeldung selbst ist von Seiten der Tiefbaufirma an die Montagefirma sowie an den zuständigen Baukoordinator der Netze BW in CC zu adressieren.

Eine schriftliche Terminbestätigung des eingeplanten Montageeinsatzes hat innerhalb von 2 Arbeitstagen nach Erhalt der Bedarfsmeldung von Seiten der Montagefirma an die Tiefbaufirma sowie den zuständigen Baukoordinator der Netze BW in CC zu erfolgen.

Mit der tatsächlichen Umsetzung der Montagearbeiten auf der Baustelle ist spätestens 7 Arbeitstage nach Eingang der Bedarfsmeldung zu beginnen. Die Montagearbeiten sind fortlaufend (Ausnahme Störungseinsatz) auszuführen. Sofern die Montagearbeiten innerhalb von 5 Arbeitstagen nach Eingang der Bedarfsmeldung ausgeführt werden, ist dies entsprechend gesondert schriftlich festzuhalten.

Mittelspannung:

Grundvoraussetzung für den Ausgang der Bedarfsmeldung ist die Einhaltung der geltenden Technischen Richtlinien sowie der Vorgaben der TAB im Zuge der erfolgten Bauausführung.

Die Bedarfsmeldung für auszuführende Montagearbeiten hat mindestens 10 Arbeitstage (Samstag und Sonntag ausgenommen) vor dem gewünschten Umsetzungstermin zu erfolgen.

Die Bedarfsmeldung selbst ist schriftlich an den zuständigen Baukoordinator der Netze BW zu adressieren.

Der zuständige Baukoordinator leitet nach erfolgter interner Absprache mit dem Netzbetrieb die Information für den genauen Montagetermin an die Montagefirma sowie die Tiefbaufirma weiter.

Eine schriftliche Terminbestätigung des eingeplanten Montageeinsatzes hat innerhalb von 2 Arbeitstagen nach Erhalt der Montageinformation des Baukoordinators von Seiten der Montagefirma an die Tiefbaufirma sowie den zuständigen Baukoordinator zu erfolgen.

Allgemein gilt:

Bis zum bestätigten Montagetermin müssen tiefbauseitig alle erforderlichen Voraussetzungen für eine ordnungsgemäße Umsetzung der Montagearbeiten geschaffen sein. Sollten die Montagearbeiten aufgrund nicht vorhandener Vorleistungen der Tiefbaufirma nicht möglich sein, werden die von Seiten der Montagefirma angefallenen bzw. angezeigten Mehrkosten durch die Netze BW der Tiefbaufirma in Rechnung gestellt.

Sollte die Montagefirma nicht im vereinbarten Zeitfenster erscheinen, werden die von Seiten der Tiefbaufirma angefallenen bzw. angezeigten Mehrkosten wiederum durch die Netze BW der Montagefirma in Rechnung gestellt.

Kurzfristige Terminänderungen sind allen Beteiligten rechtzeitig zu melden. Hierbei sind u.a. Störungseinsätze zu berücksichtigen. Ersatztermine müssen zeitnah unter allen Beteiligten neu abgestimmt werden.

Sind die Montagearbeiten zur Errichtung des Netzübergabepunktes nicht möglich (u.a. aufgrund erschwelter Erreichbarkeit des Kunden bzw. Hauseigentümers), ist unverzüglich der zuständige Baukoordinator zu informieren.

Inhalte der Bedarfsmeldung:

- Gewünschter Montagetermin
- Standortangabe / Lageplan mit Kennzeichnung des Montageorts
- Art und Umfang der auszuführenden Montagearbeiten (Muffenmontage unter Angabe der zugehörige Spannungsebene NSP und/oder MSP, Errichtung Netzübergabepunkt, Arbeiten an Betriebsmitteln wie UST und/oder KVS, usw.)

L00.08 Arbeitssicherheit**L00.08.01 Sicherheit auf der Baustelle**

Die Sicherheit auf der Baustelle erfordert stets eine ganzheitliche Betrachtung. Deshalb haben der AG und der AN alle erforderlichen Vorkehrungen und Vorleistungen für ein qualifiziertes und sicheres Arbeiten im jeweiligen Verantwortungsbereich zu erbringen. Die Mitarbeiter sind entsprechend ihrer vorgesehenen Tätigkeiten zu schulen.

Bei Arbeiten in der Nähe von oder an in Betrieb befindlichen elektrischen Anlagen ist grundsätzlich eine Schutzkleidung nach DIN EN 61482 - 1 - 2 (mindestens Schutzklasse 1) zu tragen, da hier eine Gefährdung durch Lichtbögen auftreten kann.

Bei Arbeiten im Gasnetz wird auch für Mitarbeiter von Tiefbaufirmen als persönliche Schutzausrüstung flammhemmende Arbeitskleidung und funkenarmes Werkzeug gefordert.

Ob ein höherwertigerer Schutz erforderlich ist, hängt von der im Netz installierten Leistung und dem gewählten Arbeitsverfahren ab.

Die verwendeten Maschinen, Werkzeuge und sonstige Arbeitsmittel müssen den einschlägigen Normen und Vorschriften genügen und aktuell geprüft sein. Baustellenabsicherungen sind gemäß den gesetzlichen Vorgaben auszuführen. Gruben und Gräben sind gemäß DIN 4124 zu verbauen. Erkannte Sicherheitsmängel sind umgehend dem AG zu melden.

Vor Aufnahme der Arbeiten bzw. Aufstellen von Baugeräten in der Nähe von unter Spannung / Druck stehenden Anlagen, hat sich der AN über den Umfang des Gefahrenbereichs beim Anlagenbetreiber zu informieren und die Erlaubnis zur Arbeit (EzA) einzuholen. Den Anweisungen des AG ist Folge zu leisten. Der Genuss von alkoholischen Getränken und anderen berauschenden Mitteln ist verboten. Personen, die unter dem Einfluss derartiger Mittel stehen, ist der Zutritt untersagt. Sie sind erforderlichenfalls vom Arbeitsort zu verweisen.

L00.08.02 Baustellenorganisation

Für jede Baustelle ist zur Sicherstellung der Verantwortlichkeiten eine Baustellenorganisation zu erstellen, die sich an der Baustellengröße orientiert und die hierfür vorgesehenen Funktionsrollen berücksichtigt. Alle Personen, die eine der nachfolgenden, definierten Rollen innehaben, müssen die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrschen.

Projektierer

Der Projektierer des AG hat im Wesentlichen folgende Aufgaben:

- Projektierung der Baumaßnahme
- Vorgabe der technischen Anforderungen
- Einholen von Genehmigungen (z.B. Baulastträger, Naturschutzbehörden, Dienstbarkeiten)
- Einholen und Zusammenstellen von projektrelevanten Unterlagen
- Rechtzeitige Bereitstellung der erforderlichen Unterlagen an die Baukoordinatoren

Baukoordinator

Der Baukoordinator des AG führt, aktualisiert die Baustellenorganisation und kontrolliert, ob die AN den Sicherheitsvorschriften und sonstigen Verkehrssicherungspflichten nachkommen und die bestellte Leistung hinsichtlich Qualität, Quantität und Kundenumgang erbracht wird. Er hat insbesondere bei gefahrenträchtigen Arbeiten verstärkt zu kontrollieren und muss eingreifen, sobald

-
- eine Gefahr erkannt wird
- die geforderte Leistung nicht oder nur mangelhaft erbracht wird

- Anlass zum Zweifel besteht, ob der AN den Gefahren bzw. Sicherheitsbedürfnissen in der erforderlichen Weise Rechnung trägt

Nur der Baukoordinator ist berechtigt gegenüber dem AN Abweichungen von der Beauftragung zu genehmigen.

Baustellenleiter

Der Baustellenleiter ist zentraler Vor-Ort-Ansprechpartner des AN gegenüber dem AG für alle Gewerke und für alle weiteren, vom AG beauftragten Lieferanten.

Seine Aufgaben umfassen:

- Koordination sämtlicher beauftragter Gewerke vor Ort und alle weiteren, vom AG beauftragten Lieferanten
- Koordination, Instruktion und Kontrolle seiner beauftragten Subunternehmer hinsichtlich Qualität der Lieferungen und Leistungen, Arbeitssicherheit, Umweltschutz, Termine
- Umsetzung der Vorgaben / Anweisungen / Richtlinien Umweltschutz
- Umsetzung der Vorgaben / Anweisungen / Richtlinien Arbeitsschutz
- Baukoordinator unverzüglich über alle Änderungen in der Baustellenorganisation informieren
-
- fortlaufendes Aktualisieren der Bauablaufpläne im Zusammenwirken mit dem Baukoordinator des AG
- fortlaufendes Bilanzieren des Abfallkatasters im Zusammenwirken mit dem Baukoordinator des AG
- Führen des Bautagebuchs

Es besteht eine uneingeschränkte Informationspflicht über sämtliche Baustellenbelange gegenüber:

- Baukoordinator des AG
- Anlagenverantwortlichen des AG

Und eine eingeschränkte Informationspflicht gegenüber:

- SiGeKo:
 - Änderungen der Gefährdungsbeurteilungen
 - Termsituation / Terminplanung
 - Belange des Arbeits- und Gesundheitsschutzes
- Koordinator nach DGUV Vorschrift 1 (bisher BGV A1):
 - Termsituation / Terminplanung

Koordinator (nach DGUV Vorschrift 1)

Werden mehrere AN an einem Arbeitsplatz tätig, stellt der AG sicher, dass ein Koordinator nach DGUV Vorschrift 1 benannt wird. Er stimmt die Arbeiten vor Ort aufeinander ab. Der Koordinator hat zur Durchsetzung der Arbeitssicherheit und des Gesundheitsschutzes gegenüber allen betroffenen Mitarbeitern Weisungsbefugnis. Ist ein SiGePlan vorhanden so stellt dieser die Grundlage aller Entscheidungen des DGUV V1 Koordinators dar!

SiGeKo (nach BaustellIV)

Für Baustellen, die gemäß Definition unter die Baustellenverordnung (BaustellIV) fallen stellt der AG sicher, dass ein Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinator (SiGeKo) bestellt wird.

Der SiGeKo erstellt den SiGe Plan und übergibt ihn dem Baustellenleiter auf der Baustelle.

In Abhängigkeit von Größe und Umfang einer Maßnahme sind Abstimmungsgespräche zur Organisation, Koordination und Umsetzung erforderlich.

Der SiGeKo ist beratend tätig und besitzt keine Weisungsbefugnis. Dies gilt für Baustellen, auf denen der AG mehrere AN einsetzt.
Die Weisungsbefugnis kann vertraglich vereinbart oder durch den AG übertragen werden.

Wird ein SiGeKo aufgrund des Einsatzes von Nachunternehmern durch den AN nötig (bezieht sich auf Generalunternehmer), hat der AN dem AG eine qualifizierte Person nach RAB 30 zu benennen. Der AG beauftragt diese Person mit der Wahrnehmung der Pflichten aus der Baustellenverordnung. Hieraus entstehende Mehrkosten trägt der AN.

Anlagenverantwortlicher (nach VDE 0105 - 100)

Der Anlagenverantwortliche ist beauftragt, während der Durchführung von Arbeiten, die unmittelbare Verantwortung für den Betrieb der elektrischen Anlage bzw. der Anlagenteile zu tragen, die zur Arbeitsstelle gehören. Er ist der Ansprechpartner, wenn Mitarbeiter des AN bei ihren Tätigkeiten der Gefahren von in Betrieb befindlichen Anlagen ausgesetzt sind. Der Anlagenverantwortliche ist weisungsbefugt gegenüber dem Arbeitsverantwortlichen.

Arbeitsverantwortlicher (nach VDE 0105 - 100)

Der Arbeitsverantwortliche des AN trägt die unmittelbare Verantwortung für die Durchführung der Arbeiten. Der AN hat den Personenkreis festzulegen, für den der Arbeitsverantwortliche die Verantwortung trägt. Der Anlagenverantwortliche überträgt die Erlaubnis zur Arbeit (EzA) an den Arbeitsverantwortlichen. Dieser erteilt die Freigabe zur Arbeit (FzA) gemäß AfdN.

Arbeitsverantwortlicher Rohrmontage

Der Arbeitsverantwortliche des AN trägt die unmittelbare Verantwortung für die Durchführung der Arbeiten. Der AN hat den Personenkreis festzulegen, für den der Arbeitsverantwortliche die Verantwortung trägt. Der Anlagenverantwortliche überträgt die Erlaubnis zur Arbeit (EzA) an den Arbeitsverantwortlichen. Dieser erteilt die Freigabe zur Arbeit (FzA) gemäß AfdN.

Aufsicht (nach DGUV R 100 - 500, Kapitel 2.31)

Arbeiten an in Betrieb befindlichen Gasleitungen, bei denen mit Gesundheits-, Brand- oder Explosionsgefahr zu rechnen ist, dürfen nur unter Aufsicht einer geeigneten, zuverlässigen und besonders unterwiesenen Person durchgeführt werden. Die Aufsicht ist entsprechend der Anweisung Rohrnetze R4 schriftlich zu bestellen. Ihr obliegen die Aufgaben nach DGUV R 100 - 500 Kap. 2.31 und der Anweisung Rohrnetze R4. Die Aufsicht kann durch den AG oder AN erbracht werden.

Bauleiter / Fachbauleiter (nach LBO)

Der Bauleiter/Fachbauleiter wird vom AN gestellt, siehe Landesbauordnung § 45.

Vorarbeiter (Polier, Arbeitsverantwortlicher Tiefbau)

Der Vorarbeiter des AN ist für seine Kolonne / Arbeitsgruppe verantwortlich. Er leitet die Arbeiten vor Ort und ist weisungsberechtigt gegenüber seinen Mitarbeitern. Er ist das Bindeglied zwischen dem Baustellenleiter und den Arbeitern. Er ist für die technisch einwandfreie Arbeitsausführung verantwortlich.

Sachkundiger

Sachkundige sind Personen, die aufgrund ihrer Ausbildung und Erfahrung ausreichende Fachkenntnisse haben und mit den einschlägigen Vorschriften, Richtlinien und Regeln der Technik hinreichend vertraut sind. Die Bestellung zum Sachkundigen liegt in der Verantwortung der für den jeweiligen Bereich benannten technischen Führungskraft (TFK). Die Bestellung zum Sachkundigen erfolgt schriftlich. Der Sachkundige bestätigt durch Unterschrift seine Bestellung. Die Bestätigung ist dem AG vorzulegen.

Verantwortlicher (nach MVAS bei Tätigkeiten im öffentlichen Verkehrsraum)

Zwei Mitarbeiter des AN müssen über einen Schulungsnachweis nach dem „Merkblatt

über Rahmenbedingungen für erforderliche Fachkenntnisse zur Verkehrssicherung von Arbeitsstellen an Straßen (MVAS)“ verfügen:

- Der für die Abnahme zuständige Mitarbeiter
- Ein zweiter ständig für die Arbeitsstelle erreichbarer Mitarbeiter

L00.08.03 Auf der Baustelle vorzuhaltende Dokumente

Folgende Dokumente sind auf der Baustelle vorzuhalten und auf Verlangen dem AG vorzuzeigen:

- Sicherheitspass (durch jeden Mitarbeiter)
- Gefährdungsbeurteilung für die durchzuführenden Tätigkeiten (durch jeden Arbeitsverantwortlichen)
- Leitungsauskünfte aller betroffener Netzbetreiber (durch den Baustellenleiter)
- Verkehrszeichenplan bei Arbeiten an öffentlichen Straßen (durch den Baustellenleiter)
- Aufgrabenehmigung (durch den Baustellenleiter)
- Genehmigungsaufgaben der zuständigen Umweltbehörde (durch den Baustellenleiter)
- SiGe - Plan nach Baustellenverordnung (durch den Baustellenleiter)

Zusätzlich bei Strom

- Erlaubnis zur Arbeit (EzA) (durch den Arbeitsverantwortlichen)
- Verfügungserlaubnis Niederspannung (VEN) Plan bei Niederspannungsarbeiten (durch den Anlagenverantwortlichen)

Zusätzlich bei Gas

- Erlaubnis zur Arbeit (EzA) (durch den Arbeitsverantwortlichen)
- Verfügungserlaubnis Gas (VEG) Plan bei Niederdruckarbeiten (durch den Anlagenverantwortlichen)

L00.08.04 Arbeiten unter erhöhter Gefährdung in Strom- / Gasnetzen

L00.08.04.01 Arbeiten an unter Spannung stehenden Anlagen

Arbeiten unter Spannung (AuS) dürfen nur dann durchgeführt werden, wenn die Sicherheit und der Gesundheitsschutz aller an den Arbeiten beteiligter Personen sichergestellt ist. Der AN hat vor Beginn der AuS zu prüfen, ob alle erforderlichen Bedingungen erfüllt sind (insbesondere DIN VDE 0105 - 100, DGUV Vorschrift 3). Der AG kann AuS im Einzelfall untersagen.

Im Leistungsbuch wird weder inhaltlich noch preislich zwischen einer Arbeitsausführung unter Spannung und einer Montage nach Freischaltung unterschieden.

L00.08.05 Unfallbericht

Jeder Unfall muss dem AG gemeldet werden. Diese Verpflichtung gilt auch für Unfälle der vom AN beauftragten Subunternehmen. Im Unfallbericht sind Unfallhergang, Art und Schwere der Unfallfolge, die bis dahin ermittelte Unfallursache sowie die eingeleiteten Maßnahmen zur künftigen Vermeidung zu beschreiben.

Bei einer unfallbedingten Ausfallzeit von mindestens einem AT ist innerhalb von drei AT dem Maßnahmenverantwortlichen des AG ein schriftlicher Unfallbericht zu übermitteln. Bei elektrischen Unfällen, Unfällen mit einer lebensbedrohlichen Verletzung und tödlichen Unfällen muss diese Meldung unverzüglich am selben Tag erfolgen.

Nach abschließender Klärung des Unfalls ist dem AG umgehend der Abschlussbericht zu übermitteln.

L00.09 Eskalations- / Sanktionsmodell

Im Interesse einer qualitativ hochwertigen Baustellenabwicklung wendet der AG ein standardisiertes Eskalations- / Sanktionsmodell an. Es ist Bestandteil eines umfangreichen Lieferantenmanagements, fördert die Gleichbehandlung aller AN und steigert die Effizienz in den Prozessabläufen.

L00.10 Regelungen zum Arbeitseinsatz**L00.10.01 Stundenlohnarbeiten**

Die Beauftragung von Stundenlohnarbeiten ist im Regelfall nicht zulässig. Stehen im Ausnahmefall keine geeignete Leistungsposition des Leistungsbuchs zur Verfügung ist Stundenlohnarbeit beim AG zu beantragen und von ihm freizugeben. Unterbleibt dies, so kann die Anerkennung von bereits ausgeführten Stundenlohnarbeiten verweigert werden. Nach der Freigabe werden Stundenlohnarbeiten zu den vereinbarten Verrechnungssätzen vergütet.

Grundsätzlich sind Stundenlohnarbeiten innerhalb der regulären Arbeitszeit zu erbringen und müssen mittels Rapporte im Aufmaß dokumentiert werden.

Im Rapport muss der Vor- und Nachname des jeweiligen Mitarbeiters und die Eingruppierung nach den Personalbasissätzen gemäß L20 genannt werden.

NUR Netzgebiet Stuttgart:

Die Rapporte für Stundenlohnarbeit mit den ggf. angefallenen Zuschlägen sind dem AG am nächsten, der Leistung folgenden Arbeitstag zur Anerkennung vorzulegen. Später eingereichte Rapporte werden nicht anerkannt. Die Stundenverrechnungssätze sind im Leistungsverzeichnis L20 enthalten.

L00.10.02 Servicezeitraum

Der Servicezeitraum beginnt montags bis freitags um 6:00 Uhr und endet jeweils um 19:00 Uhr. Für normale Arbeitseinsätze (ausgenommen Störungseinsätze) beginnt und endet die Arbeitszeit an der Baustelle.

Nacharbeit / Arbeiten an Samstagen, Sonn- / Feiertagen sind zuvor vom AG ausdrücklich anzuweisen.

Zuschläge für Mehrarbeit bzw. Überzeiten werden nur bei Anweisung durch den AG gewährt. Arbeitsunterbrechungen sind mit dem AG abzustimmen. Dies gilt insbesondere auch bei witterungsbedingten Unterbrechungen.

L00.10.03 Störungseinsätze (AN mit Rahmenvertrag)

Die Beauftragung des AN mit Rahmenverträgen setzt die grundsätzliche Bereitschaft zur Ausführung von Störungseinsätzen im beauftragten Gebiet zu jeder Tages- und Nachtzeit voraus. Das beauftragte Bereitschaftsgebiet kann auch Netzteile betreffen, für die der AN keinen Rahmenvertrag besitzt.

Die Einsatzbereitschaft ist zügig herzustellen. Diese Leistung ist auch über Zeiträume, in denen der AN nicht für den AG arbeitet zu gewährleisten (z.B. Betriebsurlaub, innerbetriebliche Veranstaltungen). Ggf. ist durch den AN eine Vertretung zu organisieren. Dies ist zuvor mit dem AG abzustimmen.

Vor Beantragung von „Schlechtwetter“ ist der AG darüber zu informieren und das weitere Vorgehen bei der Störungsbereitschaft abzustimmen.

Die Vergütung für den Störungseinsatz setzt sich aus folgenden Bestandteilen zusammen:

- Entsprechende Einsatzpauschalen (L40)
- Positionen der erbrachten Leistungen (Fach - Leistungsverzeichnis)
- Ggf. stundenabhängige Zuschläge (L20)

Der Arbeitseinsatz umfasst alle unmittelbar mit einer Netzstörung im Zusammenhang stehenden Arbeiten (z.B. Vorbereiten der Arbeitsstelle, Sichern, Schadensbehebung, ggf. Wiederverschließen). Vom AG wird festgelegt, falls die Baustelle unmittelbar, im Zuge der Störungsbehebung, wieder vollständig verschlossen werden muss.

L00.11 Entsorgung

Das Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) unterscheidet zwischen:

- Nicht gefährlichen Abfällen
- Gefährlichen Abfällen

Die gleiche Unterscheidung gilt im Leistungsbuch. Abfallerzeuger im öffentlich-rechtlichen Sinn ist der AG. Er hat die gesetzliche Verpflichtung die zulässige Entsorgung vorzunehmen und darüber den ordnungsgemäßen Nachweis zu führen. Die Gewerbeabfallverordnung (GewAbfV) ist einzuhalten.

Begriffsdefinition:

Deponieklasse (DK) nach Deponieverordnung (DepV):

Abfälle die zur Entsorgung deponiert werden, werden in Deponieklassen eingeteilt:

DK 0	Für inerte und unbelastete Abfälle wie Bodenaushub
DK I	Für schadstoffarme und weitestgehend mineralisierte Abfälle, mit geringem organischem Anteil
DK II	Für höherwertig mit Schadstoffen belastete Abfälle, die auch einen höheren biologischen Anteil haben als diejenigen in DK I
DK III	Für gefährliche Abfälle
DK IV	Untertagedeponien im Satzgestein; gefährliche Abfälle
Quelle	Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (statistik-bw.de)

Da die DepV die einzige Kategorisierung für zu entsorgende Abfälle ist, wird auch die Entsorgung nur über die Deponieklassen klassifiziert und vergütet. Alle anderen Klassifizierungen (folgt) dienen der Kategorisierung von Baumaterial!

Erdaushub nach LAGA (Z):

Hierbei handelt es sich um eine Klassifizierung als Baumaterial! Die Kategorisierung erfolgt in Einbauklassen (Z0 bis Z2), Ab Z3 ist der Bodenaushub zu entsorgen und darf nicht wieder eingebaut werden!

Einbauklasse 0	Z0	Uneingeschränkter Einbau
Einbauklasse 1	Z1.1	Eingeschränkter offener Einbau
	Z1.2	Eingeschränkter offener Einbau unter günstigen hydrogeologischen Voraussetzungen

Einbauklasse 2	Z2	Eingeschränkter Einbau mit definierten technischen Sicherungsmaßnahmen (nicht oder nur gering wasserdurchlässige Bauweise)
Deponieklasse I	Z3	Kein Einbau (AbfAbIV/DepV)
Deponieklasse II	Z4	Kein Einbau (AbfAbIV/DepV)
Deponieklasse III	Z5	Kein Einbau (DepV)
Quelle	Mitteilung der Länderarbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA) 20 in der Endfassung vom 06.11.2003I	

Durch das Ende des Übergangszeitraums der Ersatzbaustoff Verordnung (ErsatzbaustoffV) am 01. August 2023 ist die Klassifizierung nach LAGA nicht mehr anwendbar, sie wird durch die Klassifizierung nach ErsatzbaustoffV ersetzt.

Klassifizierung nach ErsatzbaustoffV

Auch hierbei handelt es sich nicht um eine Klassifizierung als Abfall zur Entsorgung, sondern als Baumaterial. Die ErsatzbaustoffV kategorisiert zuerst die Materialien und klassifiziert danach die Güte des Materials.

Für den Bereich des Tief- und Netzbaus sind nur die folgenden Materialkategorien entscheidend:

Bodenmaterial (BM)	-> BM-0, BM-0*, BM-F0*, BM-F1 bis F3
Baggergut (BG)	-> BG-0, BG-0*, BG-F0*, BG-F1 bis F3
Recycling-Baustoff (RC)	-> RC-1, RC-2, RC-3

Für jede Materialklassifizierung gibt es eine Tabelle mit Einbaufällen und der Eignung zum Einbau. Diese Tabellen sind in der ErsatzbaustoffV in Anlage 2 hinterlegt.

Nach §7 Abs. 3 Nr. 2 DepV gilt seit dem 01.01.2024 ein Ablagerungsverbot für recyclebare und verwertbare Abfälle auf Deponien!

L00.11.01 Nicht gefährliche Abfälle (gemäß AVV)

Die vorschriftsmäßige Entsorgung aller nicht gefährlicher Abfälle ist Bestandteil der Nebenleistungen.

Beispiele für nicht gefährliche Abfälle:

- Teerhaltiger Straßenaufbruch (AVV - Nr. 170302) PAK unter 200 mg/kg
- Böden, eingestuft nach der Verwaltungsvorschrift des Umweltministeriums Baden-Württemberg für die Verwertung von als Abfall eingestuftem Bodenmaterial Z0 bis Z2 und eingestuft nach Deponieverordnung Deponieklasse DK 0 bis DK 2

Alle anfallenden Entsorgungsaufwendungen sind in die Positionspreise eingerechnet. Ausgenommen ist die Entsorgung im Tiefbau (L34), diese wird gesondert vergütet. Alle Erlöse aus der Entsorgung gehören dem AN.

Eigentumsübergang

Die zu entsorgenden Abfälle gehen ab dem Zeitpunkt der Baustellenübergabe in das Eigentum des AN über.

L00.11.02 Gefährliche Abfälle (gemäß AVV)

Die gefährlichen Abfälle sind in der Verordnung über das Europäische Abfallverzeichnis (Abfallverzeichnis - Verordnung (AVV)) aufgeführt.

Beispiele für gefährliche Abfälle:

- Teerhaltiger Straßenaufbruch (AVV - Nr. 170301*) PAK ab 200 mg/kg
- Böden, welche nach gutachterlicher Analyse als gefährlicher Abfall eingestuft werden
- Transformatoren (AVV - Nr. 160213*)
- Holzmaste (AVV - Nr. 170204*)
- Kabelmuffen (masse-, ölhaltig) (AVV - Nr. 170409*)
- Masse- und Ölkabel (AVV - Nr. 170410*)

Erzeuger ist im rechtlichen Sinne der AG. Er hat die gesetzliche Verpflichtung, die zulässige Entsorgung vorzunehmen und darüber den ordnungsgemäßen Nachweis zu führen (besondere Nachweisführung). Er wickelt die Entsorgung ab und trägt auch die Kosten. Pflichten aus der Rolle des Abfallerzeugers können auf den AN schriftlich übertragen werden.

Gefährliche Abfälle sind folgendermaßen zu entsorgen:

- über die Lager des AG in speziell für den AG aufgestellten Behälter (z.B. beim AN)
- bei wirtschaftlich sinnvollen Mengen direkt von der Baustelle in dort speziell für den AG aufgestellten Behältern

Werden gefährliche Abfälle im Rahmen von Tiefbaumaßnahmen erzeugt (z.B. teerhaltiger Straßenaufbruch), gehen diese in den Besitz des AN über. Die Mehrkosten für die Entsorgung gehen zu Lasten des AG. Die Verantwortung des AG als Abfallerzeuger bleibt davon unberührt.

Die Ausnahmeregelungen im Nachweisverfahren bei Kleinmengen sind vom AN bestmöglich auszuschöpfen (unter 2 t / Jahr).

Der AN hat im Umgang mit gefährlichen Abfällen alle notwendigen Vorsorgemaßnahmen zu treffen, um eine Gefährdung der Umwelt zu vermeiden. Er hat besonders zu beachten, dass im Rahmen der Altholzverordnung, alle ausgebauten Holzmasten und Bauhölzer zu entsorgen sind und keinesfalls zu irgendwelchen anderen Zwecken in Umlauf gebracht werden dürfen (z.B. Verkauf, kostenlose Abgabe).

Werden vom AN auf der Baustelle an Boden, Grundwasser oder Umwelt störende oder auffallende Eigenschaften festgestellt, so ist wie folgt zu verfahren:

- Die Arbeiten sind im betroffenen Bereich sofort einzustellen
- Art und Umfang der Feststellung ist dem AG unverzüglich mitzuteilen ggf. mit Hinweis auf eine Gefahrensituation
- Bereits angefallener Aushub / Abfall ist geeignet und wasserdicht zu sichern

Eine enge Zusammenarbeit mit dem AG ist erforderlich.

L00.12 Umweltschutz / Naturschutz

Der AG ist nach DIN EN ISO14001 (Umweltmanagementsystem (UMS)) zertifiziert. Der AN hat die umweltrelevanten Gesetze und internen Vorgaben des AG einzuhalten. Er hat dafür Sorge zu tragen, dass durch ihn und durch von ihm beauftragte Dritte keine umweltschädigenden Betriebsstoffe in die Umwelt freigesetzt werden (z.B. beim Einsatz von Kettensägen generell nur biologisch abbaubares, nicht wassergefährdendes Kettenhaftöl verwenden). Bei allen Arbeiten hat der AN die einschlägigen umweltrechtlichen Vorschriften einzuhalten.

Der AN verpflichtet sich die Umweltgrundsätze des AG zu unterstützen.

Diese betreffen insbesondere:

- Umwelt- / Energiemanagement
- Klimaschutz / Energieeffizienz
- Immissionsschutz
- Biodiversität
- Gewässer- / Bodenschutz
- Ressourceneinsatz

L00.13 Abrechnungsmodalitäten**L00.13.01 Aufmaß**

Der AN erstellt seine Aufmaße selbstständig auf Basis des vorliegenden Leistungsbuches und in der vom AG vorgegebenen Form, dazu gehört eine prüfbare Skizze und die vollständige Dokumentation. Die Aufmaße werden erst nach technischer Freigabe durch den AG für die Vergütung verbindlich. Der AG verpflichtet sich, ihm vorgelegte Aufmaße innerhalb von zehn AT zu prüfen und bei Fehlerfreiheit zur Abrechnung freizugeben. Für den Beginn der Zahlungsfrist gilt das Aufmaßeingangsdatum zzgl. zehn AT.

Auf Anforderung des AG fügt der AN dem Aufmaß Nachweise bei (z.B. Lieferscheine, Fertigstellungsanzeigen). Sie sind gegenüber z.B. Kommunen, Straßenbaulastträgern erforderlich.

Aufmaße sind nach Fertigstellung der Baumaßnahme fristgerecht an den AG weiterzuleiten:

Rückmeldefrist für Aufmaße

Baustellengröße	Arbeitstage
bis 5 T€	5
bis 25 T€	10
bis 50 T€	15
Projekte über 50 T€	20

Bei Projekten über 50 T€ erstellt der AN dem Baufortschritt entsprechende Teilaufmaße. Es werden nur die in der Bestellung aufgeführten Leistungen und Maße (z.B. Regelgrabenprofile) anerkannt. Zusätzliche Leistungen müssen vor der Bauausführung zwischen dem AG und dem AN schriftlich vereinbart worden sein. Nachträglich nicht mehr prüfbare Änderungen werden nicht anerkannt.

L00.14 Abrechnung

Abrechnungsbasis ist das Bauvorhaben. Es wird im Gutschriftverfahren abgerechnet. Alle Preise sind Nettowerte.

L00.14.01 Zusätzliche Lieferungen / Leistungen Dritter/ Nachträge**Zusätzliche Lieferungen / Leistungen Dritter zur Bestellung**

Sie sind vor der Ausführung dem AG anzuzeigen und durch diesen zu genehmigen.

Sie werden bei Vorlage eines Kostennachweises mit einem Gemeinkostenzuschlag auf die Nettowerte abgerechnet:

10 % GKZ auf den Nettowert, jedoch max. 150 € je Beschaffungsvorgang.

Ein Beschaffungsvorgang kann aus einer oder mehreren Rechnungen zu einem Material bzw. je Rechnungslieferant bestehen. Diese Rechnungen müssen immer vollständig (alle Seiten, Rechnungsnummer, Netto-/Bruttobetrag, je Beleg gesondert erfasst) eingereicht werden.

Alternativ kann auf Basis eines vorliegenden Angebots abgerechnet werden. Dieses Angebot muss vor Ausführung durch den AG genehmigt werden.

Nicht baustellenbezogene Gebühren sind Nebenleistungen und von dieser Regelung ausgeschlossen. Alle Lohnnebenkosten sind in den Positionspreisen enthalten.

Nachträge zur Bestellung

Sie sind vor Durchführung der baulichen Leistungen dem AG anzuzeigen und durch

diesen zu genehmigen.

Es werden nachstehende Abwicklungsfälle unterschieden:

- Massenmehrungen innerhalb des ursprünglichen Bestellumfangs (vom AN auszuführen; Abrechnung über das vereinbarte Fach - Leistungsverzeichnis).
- Leistungen zusätzlich zum ursprünglichen Bestellumfang, die nicht über die vereinbarten Fach- Leistungsverzeichnisse abgerechnet werden können (vom AN auszuführen, sofern sein Betrieb auf die Erbringung derartiger Leistungen eingerichtet ist; Abrechnung auf Angebotsbasis).
- Leistungen zusätzlich zum ursprünglichen Bestellumfang auf deren Ausführung der Betrieb des AN nicht eingerichtet ist (Vom AN zu erbringen, sofern die Leistungen unmittelbar mit der Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes zusammenhängen, ggf. Beauftragung eines Subunternehmers).

L00.14.02 Auditklausel

Besteht Zweifel hinsichtlich des tatsächlich erbrachten Leistungsumfangs und kann dieser anhand dem AG vorliegender Informationen bzw. Arbeitsergebnisse nicht ausgeräumt werden, so gestattet der AN dem AG die vertrauliche Einsichtnahme in seine Unterlagen, die den Nachweis der Leistung dokumentieren. Er erteilt alle Auskünfte, die für eine ordnungsgemäße Prüfung erforderlich sind.